

## Pressemitteilung

Presse und  
Öffentlichkeitsarbeit

BDI zum Kabinettsbeschluss: Höhere Steuern für die  
Industrie schaden dem Standort Deutschland

- Teilweise dramatische Steuererhöhungen bis zu einer  
Versiebenfachung der Last
- Industrie hält sich an Klimaschutzvereinbarung –  
auch die Politik muss ihren Teil einlösen
- Luftverkehrsteuer schwächt Wettbewerbsposition der  
deutschen Luftverkehrsbranche

Seite  
1 von 3

---

58/2010

1. September 2010

---

Der BDI lehnt den heutigen Kabinettsbeschluss zu höheren Steuern für die  
Industrie ab. „Höhere Lasten für die nach der Wirtschaftskrise erstarkende  
Industrie gefährden Wachstum und Arbeitsplätze“, sagte BDI-  
Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf. Das Bundeskabinett beschloss  
unter anderem Erhöhungen der Energie- und Stromsteuern sowie eine neue  
Luftverkehrsteuer.

„Die teilweise dramatischen Steuererhöhungen, die bis zu einer  
Versiebenfachung reichen, sind für viele Betriebe und damit ganze  
Wertschöpfungsketten existenzbedrohend“, begründete Schnappauf die  
Haltung der Industrie. Insgesamt beschäftigen die Unternehmen der  
energieintensiven Branchen rund 900.000 Arbeitnehmer

**(Beispielrechnungen siehe unten „So viel kostet die Ökosteuer die  
Unternehmen“).**

Die deutschen Energiepreise zählen bereits heute mit zu den höchsten in  
Europa. Zusätzlich steigen die Preise drastisch insbesondere aufgrund des  
Zubaus von Photovoltaik, weil Mehrkosten für erneuerbare Energien auf die  
Strompreise der Verbraucher umgelegt werden. „Die immer höheren

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1450  
F: 030 2028-2450

*Internet*  
www.bdi.eu  
*E-Mail*  
Presse@bdi.eu

Energie- und Stromkosten sind eine Gefahr für das Industrieland Deutschland und ein Risiko für Jobs in der Industrie“, warnte Schnappauf.

Seite  
2 von 3

Dabei hält die Industrie ihre Verpflichtung aus der Klimaschutzvereinbarung zwischen Bundesregierung und Wirtschaft ein, wie der am Montag erschienene RWI-Monitoring-Bericht 2009 beweist. Demnach hat die Industrie den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich reduziert. Schnappauf: „Auch die Politik muss sich an die Vereinbarung halten. Sie muss ihren Teil einlösen und die geltenden Entlastungsregelungen bei der Ökosteuer beibehalten.“

Auch die neue Luftverkehrsteuer sei eine zusätzliche Belastung. „Sie verteuert den Wirtschaftsstandort Deutschland und schwächt die Wettbewerbsposition der deutschen Luftverkehrsbranche. Dabei war die Koalition angetreten, den Luftverkehrstandort Deutschland zu stärken. Gerade durch den nationalen Alleingang drohen massive Wettbewerbsverzerrungen – international wie national“, warnte Schnappauf.

### **So viel kostet die Ökosteuer die Unternehmen**

- **Metallindustrie (Nichteisen-Metalle)**

Gießerei mit kleinem Walzwerk (100 Mitarbeiter):

Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:

2010: 6.470 Euro; 2011: 54.370 Euro; 2012: 54.370 Euro

Steuermehrbelastung 2010 bis 2012: 740 Prozent

Großes Walzwerk (2 100 Mitarbeiter):

Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:

2010: 878.000 Euro; 2011: 2.720.000 Euro; 2012: 2.720.000 Euro

Steuermehrbelastung 2010 bis 2012: 210 Prozent

- **Papierindustrie**

Unternehmen 1 (100 Mitarbeiter):

45 000 Tonnen Produktion, 25 000 Megawattstunden Strom, 62 000  
Megawattstunden Erdgas

Seite  
3 von 3

Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:

2010: 150.000 Euro; 2011: 286.200 Euro; 2012: 286.200 Euro

Steuermehrbelastung 2010 bis 2012: 90 Prozent

Unternehmen 2 (500 Mitarbeiter):

381 000 Tonnen Produktion, 516 000 Megawattstunden Strom,  
43 000 Megawattstunden Erdgas (zusätzlich 515 000 Megawattstunden  
Erdgaseinsatz in Kraftwärmekopplungsanlage)

Gesamtbelastung durch Strom- und Energiesteuer:

2010: 516.000 Euro; 2011: 2.489.000 Euro; 2012: 2.489.000 Euro

Steuermehrbelastung 2010 bis 2012: 382 Prozent

Gesamtbelastung deutsche Zellstoff- und Papierindustrie:

Die Gesamtbelastung durch die Energie- und Stromsteuer beträgt  
gegenwärtig 28,1 Millionen Euro. Bei einer Umsetzung der genannten  
Maßnahmen würde die Steuerbelastung 2011 und 2012 steigen auf jeweils  
75 Millionen Euro betragen. Das wäre das 2,7-Fache der aktuellen  
Belastung.